

**Elternverein am  
Georg von Peuerbach Gymnasium**  
Peuerbachstraße 35  
4040 Linz

**FPÖ Oberösterreich**  
Blütenstraße 21/1  
4040 Linz



### **Kommentar zur Online-Plattform der FPÖ [www.parteifreie-schule.at](http://www.parteifreie-schule.at)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FPÖ Oberösterreich hat es als notwendig erachtet, zur Wahrung der in den Schulgesetzen verankerten Grundsätzen der Objektivität und Parteiunabhängigkeit eine Plattform einzurichten, auf der aufgefordert wird, sogenannte „Vorfälle“ zu melden. Gemeint sind damit offensichtlich Aussagen von Lehrerinnen und Lehrern oder von der Schule im Rahmen von Veranstaltungen zu verantwortende Aussagen und Handlungen externer Personen. Dem Berichtersteller wird Anonymität und sorgfältige Prüfung der „Fälle“ zugesichert. Auf der o.a. Website ist auch ein Video platziert, das in mehreren Szenen das Georg von Peuerbach-Gymnasium zeigt.

Der Elternverein des GvP-Gymnasiums nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Wir ersuchen die FPÖ-Oberösterreich, bildliche oder andere mediale Darstellungen unserer Schule künftig **mit der Schulleitung des GvP-Gymnasiums abzustimmen**. Dies erfordert das Gebot der Höflichkeit, dem im gegenständlichen Fall bedauerlicherweise nicht entsprochen worden ist.

Begründung: Wir bekennen uns zu einem parteiunabhängigen Schulwesen und wollen daher grundsätzlich nicht, dass unsere Schule in einen Zusammenhang mit irgendeiner politischen Partei dargestellt wird. Ausnahmen sind nur in besonderen Ausnahmefällen und unter bestimmten Bedingungen denkbar.

2. Die FPÖ-Plattform [www.parteifreie-schule.at](http://www.parteifreie-schule.at) beurteilen wir in ihrem Konzept und ihrem Geist kritisch.

Begründung: Mündigen Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern steht ein

unbeschränktes allgemeines Beschwerderecht zu. Im tatsächlichen Beschwerdefall halten wir es in Übereinstimmung mit unseren Vorstellungen zur Werteerziehung für **besonders wichtig, dass Beschwerdeführer für Form und Inhalt der vorgebrachten Beschwerde Verantwortung übernehmen.** Anonymität, die zur Steigerung der Beschwerdebereitschaft zugestanden wird, ist für mündige Bürger nicht erforderlich und macht eine „sorgfältige Überprüfung der Fälle“ sehr schwierig oder gänzlich unmöglich. Auch hat die Existenz der Beschwerdeplattform für sich alleine schon einen problematischen und den Interessen der Einzelschule entgegenstehenden Aufforderungscharakter. Den Akteuren der Schule gegenüber ist die Vorgangsweise als ausgesprochen unfreundlicher Akt zu beurteilen. Das offensichtliche beabsichtigte **Konzept der FPÖ, durch das in der Konstruktion der Beschwerdeplattform enthaltene anonyme Beobachtungssystem Druck auf die Lehrerschaft auszuüben, ist abzulehnen.**

Mit freundlichen Grüßen  
Claudia Dirisamer e.h.